

Vorlage Nr. III/19/2013  
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

## **Betriebliches Bündnis für Windenergie**

### **A Problem**

Der absehbare Fachkräftebedarf in der Windenergiebranche ist eklatant und kann weder in Bremen noch in Bremerhaven in absehbarer Zeit annähernd gedeckt werden. Nach einer regionalwirtschaftlichen Potenzialanalyse für den Offshore Terminal Bremerhaven (Prognos, Januar 2011) werden allein in Bremerhaven zwischen 7.000 und 14.000 neue Arbeitsplätze in der Windbranche prognostiziert, bundesweit wird von 20.000 bis 30.000 neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2030 durch die Errichtung weiterer Windkraftanlagen auf hoher See gesprochen.

Mit der Sicherung des Fachkräftebedarfs sollen nicht nur die Voraussetzungen für die nationale Produktion von Offshore-Windparks, sondern ebenso für den Export von Anlagen und Komponenten geschaffen werden. Auch wenn das Jahr 2012 durch fehlende Investitionen wegen der Verzögerungen bei den Netzanbindungen durch eine Auftragsflaute geprägt war, ändert dies langfristig nichts am absehbaren Fachkräftebedarf.

Dabei befindet sich die Region in einer überregionalen Konkurrenz der Standorte um Arbeitskräfte. Für die Firmen geht es also neben der Fachkräftesicherung durch Aus- und Weiterbildung auch um die Attraktivität der Arbeitsplätze vor Ort im Vergleich zu anderen Standorten. Das gilt insbesondere für Arbeitszeiten und Lohnniveau, Umfang des Einsatzes von Zeitarbeit, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für diese männerdominierte Branche.

Insofern setzt die Initiierung eines Betrieblichen Bündnisses beim Eigeninteresse der konkurrierenden Unternehmen an und greift das gemeinsame Interesse an einem funktionierenden regionalen Arbeitsmarkt und der gesellschaftspolitischen Verantwortlichkeit für sozialverträgliche Arbeitsplätze auf.

### **B Lösung**

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat zur Initiierung eines Betrieblichen Bündnisses für den Fachkräftebedarf in der Windenergieindustrie viele Einzelgespräche mit den betroffenen Betrieben geführt. Dadurch waren größte Vertraulichkeit und die Erfassung der realen Probleme der Unternehmen gewährleistet.

Die Verabredungen im Bündnis sind aus den Gesprächsergebnissen erarbeitet worden und umfassen folgende Handlungsfelder:

1. Gestaltung der beruflichen Weiterbildung
2. Ausbau der Erstausbildung
3. Einbeziehung der Hochschulen
4. Integration von Arbeitslosen
5. Überregionale Personalakquisition
6. Kurzarbeit und Qualifizierung
7. Einsatz von Leiharbeit

Die als Anlage beigefügte Fassung des Betrieblichen Bündnisses ist zwischen allen Erstunterzeichnern abgestimmt und wurde auf der konstituierenden Sitzung am 15. Februar im Bremer Rathaus unterschrieben.

**C Alternativen**

Keine.

**D Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen**

Keine.

**E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

**F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Einer Veröffentlichung nach dem BremIFG steht nichts entgegen.

**G Beschlussvorschlag**

Der Magistrat nimmt die Verabredungen im Betrieblichen Bündnis für die Windenergieindustrie „Gemeinsam für zukunftsfähige Arbeitsplätze an den Standorten Bremen und Bremerhaven“ zur Kenntnis.

Klaus Rosche  
Dezernent

Anlage: Verabredungen des betrieblichen Bündnisses für die Windenergiebranche